

"Europa 1992: Markt ohne Staat" in Der Spiegel (4. Juli 1988)

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; RHerAusgeber Böhme, Erich; Dr. Funk, Werner. 04.07.1988, Nr. 27; 42. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Europa 1992: Markt ohne Staat", auteur:Schumann, Harald , p. 94-95.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/europa_1992_markt_ohne_staat_in_der_spiegel_4_juli_1988-de-ad403e69-304b-4619-8c60-e157a1fd4f4b.html

Publication date: 20/12/2013

Europa 1992: Markt ohne Staat

von Harald Schumann

Das Schauspiel ist einzigartig. Kanzler, Premierminister, EG-Kommissare, alle singen im Chor: Fünfmal noch kommt der Weihnachtsmann, dann, in der Silvester-Nacht 1992, soll es soweit sein: Europa wird wieder wer.

Vorbei ist's mit dem ganzen Gerede von den Grenzen des Wachstums, der Euro-Sklerose, der strukturellen Massenarbeitslosigkeit, der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Nein, so schallt es nun von allen EG-Gipfeln, bald schon geht es nur noch aufwärts.

Ein Allheilmittel gegen alle Krankheiten des westeuropäischen Wirtschaftsorganismus ist entdeckt worden: der gemeinsame Binnenmarkt für die EG der zwölf. Als gelte es, ein wahres Füllhorn über die alte Welt auszuschütten, überbieten sich die Apologeten des neuen Wunderglaubens mit phantastischen Weissagungen. Sieben Prozent mehr Wachstum, fünf Millionen neue Arbeitsplätze und ein Konsum-Paradies ohne Grenzen verheißen sie uns, wenn er denn nur endlich verwirklicht wird, der supranationale Wirtschaftsraum von Lissabon bis Kopenhagen.

EG-Europa, das sorgenfreie Wirtschaftswunderland der neunziger Jahre? Die Verheißung ist nicht nur unwahrscheinlich, sie ist auch gefährlich. Denn sie verstellt den Blick darauf, welche Art von europäischer Integration da betrieben wird. „Die vier großen Freiheiten“ nennen die Euro-Schwärmer der Brüsseler EG-Kommission das Ziel, in schon vier Jahren die Grenzkontrollen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital aufzuheben.

Doch die Freiheit, die sie meinen, gilt nur jenen, die zu verkaufen und zu investieren haben. Ihnen sollen im Zeichen der Aufrüstung für die kommenden Gefechte in der Weltwirtschaftsschlacht alle nur möglichen Freiheiten eingeräumt werden, die Welt mit Produkten „made in Europe“ zu beglücken. Das jeweils gleiche Produkt für 320 Millionen EG-Bürger produzieren zu können, da werden Manager-Träume wahr. Mit Fusionen bisher unbekanntes Ausmaßes über alle Grenzen hinweg feiern sie ihr neues europäisches Zeitalter.

Wahrlich kein Grund zum Jubel, denn das Europa, das da entstehen soll, wird mit politischen Rückschritten noch kauen erkannten Ausmaßes erkaufte. Was immer die einzelnen Mitgliedsländer an sozialen und demokratischen Errungenschaften den anderen EG-Partnern voraushaben; auf dem Altar der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ werden sie unter dem Druck entfesselter Marktkräfte auf ein Minimum zusammengeschmolzen.

Mitbestimmung für Arbeitnehmervertreter? Im Pan-Europa-Konzern wird von diesem Relikt der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung nicht viel übrigbleiben. Mehrwertsteuer-Befreiung für Nahrungsmittel und Kinderkleidung wie in Großbritannien? Solcher Luxus muß den vereinheitlichten Steuersätzen weichen. Rigider Schutz der Arbeiter vor gefährlichen Stoffen und schnelle Anerkennung von Berufskrankheiten nach dem Beispiel Dänemarks? Europa-Norm wird das nimmermehr.

Wenn es um den Schutz der Verbraucher, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die soziale Absicherung der Arbeitnehmer geht, gerät der „historische Wurf“ (Kohl) des wirtschaftlich geeinten Westeuropas allenfalls zum historischen Flop.

Statt in diesen lebenswichtigen Bereichen die Wirtschaftsmacht EG wenigstens auf das Niveau des sonst so gern angeführten Konkurrenten Japan zu heben, ergreifen sich die Architekten des neuen Europa dagegen in dem, was ein EG-Kommissar so schrecklich ehrlich „die größte Deregulierung, der Wirtschaftsgeschichte“ nennt.

Daß dieses Projekt so reibungs- und rücksichtslos durchgezogen werden kann, liegt jedoch keineswegs nur am mehrheitlich wirtschaftsliberalen Kurs der zwölf EG-Regierungen. Jede einzelne von ihnen hätte mit

zahlreichen „Deregulierungen“ auf nationaler Ebene kaum Durchsetzungschancen. Doch was dort nicht geht, im Rat der zwölf ist es allemal durchführbar. Denn Demokratie, so sie auch in den nationalen Parlamenten immer häufiger zur Karikatur verkommt, findet im Europa der zwölf gar nicht erst statt.

Gewaltenteilung? Trennung von Legislative und Exekutive? Politische Kontrolle der staatlichen Verwaltung durch gewählte Parlamente? Was jeder Schüler heute als die einst von Montesquieu beschriebenen Fundamente demokratisch verfaßter Gesellschaften kennen muß, von all dem könnte das EG-System kaum weiter entfernt sein.

Man stelle sich vor, in der Bundesrepublik würde nicht der Bundestag, sondern der Bundesrat, also die Abgesandten der Bundesländer, alle Gesetze beschließen. Die jeweiligen Vertreter wären jedoch an die Weisungen ihrer Länderparlamente nicht gebunden. Zudem würden alle Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, zumeist würde niemand erfahren, welche Position die einzelnen Vertreter jeweils tatsächlich einnehmen. Zu allem Überfluß würden außerdem die Beschlußvorlagen nicht in den Länderverwaltungen oder -parlamenten geschrieben, sondern von einer zentralen, mehrere tausend Beamte starken Behörde, die keiner direkten politischen Kontrolle unterliegt, dafür aber von einer ganzen Heerschar Industrie-Lobbyisten regelmäßig beraten wird. Wohl nur ein Zyniker würde einem solchen System das Etikett demokratisch zugestehen. Doch genau so findet Woche für Woche europäische Gesetzgebung statt.

Denn Gesetzgebungsorgan der EG sind die Ministerräte, zusammengesetzt aus den Ministerialbürokraten der Mitgliedsländer und — meist nur formal — angeführt von den nur zu oft ahnungslosen Ministern. Was als so harmlos bezeichnete „EG-Richtlinie“ oder „Verordnung“ diese Gremien verläßt ist bindendes europäisches Recht, unabhängig vom Willen der nationalen Parlamente, denen nur die Umsetzung in nationale Gesetze überlassen ist. De facto schreibt sich so die Exekutive der Mitgliedsländer ihre Gesetze selbst, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und mit wachsender Tendenz.

Es ist dieser, wie Hans Magnus Enzensberger schreibt, „vorkonstitutionelle Zustand“ der EG, der die westeuropäische Integration zu einem gefährlichen und unverantwortlichen Projekt verkommen läßt.

Zur Entscheidung stehen ja nicht irgendwelche Vereinfachungen an den Grenzstationen und Zollbahnhöfen. Es geht vielmehr um Weichenstellungen, die in den nächsten Jahrzehnten die Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen zwölf EG-Ländern entscheidend verändern werden.

Schon warnen Verbraucheranwälte vor kommenden „Wildwest Zuständen“ in der EG der neunziger Jahre, sprechen Umweltschützer von der „größten denkbaren Verschmutzergemeinschaft“ und dämmert Gewerkschaftern, daß ihnen der Binnenmarkt ein „Europa des Kapitals“ bescheren wird. Doch diese — im Konzert des Binnenmarkt-Jubels ohne hin kaum hörbaren — Warnungen treffen auf einen Gesetzgebungsapparat, in dem Widerstände an der Basis eher wie lästige Fliegen wahrgenommen werden. Denn immer wenn es gilt, dem freien Spiel der Kräfte aus Gründen des Schutzes von Mensch und Natur engere Grenzen zu setzen, entfaltet im vordemokratischen Brüssel jene unheilige Allianz ihre Wirkung, die von bundesdeutschen Leitartiklern fälschlich so gern als „bürokratischer Wasserkopf“ bezeichnet wird.

Doch die Beamten der EG-Kommission sind alles andere als untätig. Im Gegenteil — sie entfalten geradezu beängstigenden Fleiß beim Abfassen von Gesetzentwürfen, für die ihnen das EG-Vertragsrecht die exklusive Autorenschaft zubilligt. Erklärtes Ziel der 12 000köpfigen Beamtenschaft ist es gerade, mit allen Gesetzen den nationalen Parlamenten zuvorzukommen. Ihnen zur Seite stehen die Kollegen aus dem „Rat der Ständigen Vertreter“, dem Generalsekretariat des Ministerrates und nicht zuletzt jene rund 8 000 Lobbyisten, die im Auftrag von Hunderten industrieller Interessenverbände in einer nicht minder großen Zahl von beratenden Expertengremien den Gesetzesautoren ihre Sicht der Dinge näherbringen.

Erst wenn auf diese Weise zwischen den nationalen Wirtschafts- und Beamteninteressen eine weitgehende Vorklärung stattgefunden hat, bekommt die Öffentlichkeit eine erste Chance zu erfahren, welche Art von Gesetz für 320 Millionen EG-Bürger da auf den Weg gebracht wird — über das Europäische Parlament. Dort kämpft dann, abseits öffentlicher Aufmerksamkeit, eine kleine, aber fleißige Minderheit von Parlamentariern aller Parteien einen verzweifelten Kampf gegen eine übermächtige internationale

Beamtenschaft, die gequält und wohlwissend um die realen Machtverhältnisse das schein-demokratische parlamentarische Anhörungsverfahren über sich ergehen läßt und nur gelegentlich diesen oder jenen Parlamentarier-Vorschlag in ihre Gesetzentwürfe einarbeitet.

Wenn dann trotz dieser Prozedur gelegentlich mal ein Richtlinien-Entwurf das Licht der Welt erblickt, der die Wirtschaftsinteressen einer Branche berührt, scheitert er mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit im beschlußfassenden Ministerrat, wird um Jahre vertagt oder bis zur Unkenntlichkeit verwässert.

Die EG-gesetzlich sanktionierten transeuropäischen Abgasfahnen oder auch die seit fast einem Jahrzehnt verschleppten Richtlinien für die betriebliche Mitbestimmung, das sind die Großstaten der neuerdings zuhauf auftretenden „überzeugten Europäer“, die nun wie Ratspräsident Kohl und Kommissionspräsident Delors glauben machen wollen, jetzt würden bald „auch die soziale Dimension“ und „auch der Umweltschutz“ hohe Priorität bekommen.

Doch was immer sie beschließen werden, wenn es beim bisherigen System bleibt, dann wird es den trauten Ministerrunden stets gelingen, in ihrer Mitte einen zu finden, der für die Herabsetzung der sozialen und ökologischen Schutznormen auf das Mindestmaß verantwortlich gemacht werden kann. Und es wird immer der sein, der im jeweils strittigen Fall an der Heimatfront den geringsten Gegendruck bekommt.

Mag dieses System, bar jeder demokratischen Legitimation, bisher schon furchtbare Ergebnisse gebracht haben, so wird es mit dem tatsächlichen Wegfall der Grenzkontrollen ein Desaster produziert. Dazu ist es nicht einmal notwendig, die Schutzgesetze der einzelnen Länder formal durch eine EG-Norm außer Kraft zu setzen. Es reicht völlig, wenn zwar die Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit den nun üblichen „großen Schritten“ vorangeht, alles andere aber wegen der ach so großen Differenzen zwischen den einzelnen Ländern auf die lange Bank geschoben wird. Den Rest besorgen die dann entfesselten Kräfte des freien Marktes. Wo weit und breit keine zentral organisierten Kontrollen, keine einheitliche Gerichtsbarkeit, keine gemeinsamen oder allenfalls minimale Sicherheits- und Verbraucherschutznormen in Sicht sind, entsteht ein Markt ohne Staat, stehen Verbraucher und Arbeitnehmer noch schutzloser als bisher vor einer wildgewordenen Ökonomie.

Zugleich eröffnet die politische Dutyfree-Zone europäischer Halbstaatlichkeit den Law-and-Order-Strategen aller Länder ein Feld zur Installation supranationaler Polizei-Strukturen abseits aller demokratischen Kontrolle. Getrieben von der Sorge, der Wegfall der Grenzkontrollen könnte auch unerwünschten Ausländern oder gar politisch motivierten Straftätern mehr Freiheit verschaffen, arbeiten Innen- und Justizministerien, notfalls auch ohne Rechtsgrundlage, an grenzüberschreitenden Fahndungssystemen und beschleunigtem internationalen Datenaustausch. Allenfalls nebenbei erfährt die Öffentlichkeit von der Einrichtung eines „geschützten Kommunikationsnetzes“ zwischen den Polizeibehörden, kann man nur ahnen, daß die sogenannte Trevi-Gruppe („Terrorism, Radicalism, Extremism and Violence International“) wohl zur Keimzelle einer europäischen Polizeibehörde werden könnte.

Angesichts solcher Perspektiven um so unverständlicher ist die ungeheure Ignoranz der nationalen, vor allem der bundesdeutschen Parlamentarier, Parteien und Medien gegenüber den Vorgängen auf EG-Ebene. Der Grad ihrer Kenntnisse und die Intensität der Debatten über EG-Themen stehen im umgekehrten Verhältnis zur Reichweite und Bedeutung der Entscheidungen, die in Brüssel und Luxemburg fallen.

Da beschließen die Außenminister (!) der EG auf Druck der internationalen Agrar- und Atomlobby, daß nach dem nächsten Reaktorunfall die strahlenden Rückstände in der Nahrung zehnmal höher sein dürfen als gewöhnlich, doch dem Bundestag ist es nicht einmal eine Debatte wert.

Da fordern die Mitglieder einer eigens eingesetzten Enquete-Kommission einstimmig ein Moratorium für gefährliche Gentechnik-Experimente, doch schon ein knappes Jahr später ist das nur noch Makulatur, denn nun wird ein EG-Vorschlag im Ministerrat debattiert, der eben diese Experimente erlauben will.

Da müht sich der Verkehrsausschuß des Bundestages um ein Sanierungskonzept für die Bundesbahn, weil der Gütertransport auf der Straße unerträglich Ausmaße angenommen hat. Doch zugleich kommen die EG-

Verkehrsminister „einen großen Schritt voran“ auf dem Weg zur Liberalisierung des Transportmarktes, die im Ergebnis die Zahl der Schwerlasttransporte auf bundesdeutschen Straßen verdoppeln dürfte.

Da verhindert die bundesdeutsche Verfassung, daß die christdemokratischen Hardliner das Asylrecht aushebeln können, doch zugleich entwirft die EG-Kommission eine Asylrichtlinie, die wahrscheinlich genau das möglich machen wird.

Was eigentlich muß noch passieren, bis die Bonner Demokraten merken, daß ihre Art der Demokratie sich mit rasender Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Relevanz eines Kasperle-Theaters nähert?

Doch es wäre zwecklos, wieder auf nationale Zuständigkeiten zu pochen. Der Weg zurück ist angesichts der schon vollzogenen wirtschaftlichen Verflechtungen längst versperrt, er wäre zudem kontraproduktiv. 17 Millionen Arbeitslose, kollabierende Öko-Systeme von den Alpen bis zur Nordsee, die wirtschaftliche Verödung ganzer Regionen, das sind Probleme, die EG-Europa nur gemeinsam oder gar nicht lösen wird.

Diese Aufgabe jedoch der Brüsseler (Minister-)Räte-Herrschaft zu überlassen hieße, sie gar nicht ernsthaft anzugehen. Denn dort bauen Bürokraten und Lobbyisten an einem Europa der Konzerne, das zugunsten eines kurzfristigen Euro-Booms die Selbstentmachtung der Politik gegenüber der Wirtschaft auf die Spitze treibt.

Erst wenn Räte und Kommission zugunsten eines mit wirklichen Kontrollbefugnissen ausgestatteten Parlaments entmachtet würden, wenn der europäische Winterschlaf der Gewerkschaften ein Ende fände und Oppositionspolitiker quer durch die EG sich über den Provinzialismus ihrer politischen Debatten erheben würden, hätte ein Europa der sozialen und ökologischen Vernunft wenigstens eine Chance:

Andernfalls stünde zu befürchten, daß der unerträgliche Europäer aus Oggersheim letztlich recht behält: „Schon in zehn oder zwölf Jahren“, frohlockte er, „wird die Europäische Gemeinschaft nicht mehr wiederzuerkennen sein.“